

12. Aktuelle Stunde

*Frau
Präsidentin des Burgenländischen Landtages
Verena Dunst
Landhaus
7000 Eisenstadt*

Eisenstadt, am 17. Februar 2023

Aussprache über Themen von Allgemeinem Interesse gem. §31a der GeOLT:

Die Energiekrise in Folge des Angriffskriegs Russlands auf die Ukraine und die damit einhergehende Inflation belasten die breite Bevölkerung. Viele Menschen können sich schlichtweg das Leben nicht mehr leisten. Grundbedürfnisse wie Wohnen und Essen entwickeln sich immer mehr zu Luxusgütern. Die Aussage „eat or heat“ ist für viele bereits traurige Realität geworden.

Die hohe Inflation wirkt sich jedoch auf andere Bereiche „positiv“ aus, so sind die Steuereinnahmen des Bundes aufgrund der steigenden Preise auf Rekordniveau. Im Gegensatz dazu stehen die seitens der Bundesregierung gesetzten Maßnahmen zur Entlastung der breiten Bevölkerung. Weder wurden Preiseobergrenzen für Grundnahrungsmittel festgelegt, noch wurde dem Grundproblem der steigenden bzw. anhaltend hohen Inflation entgegengesteuert. Lediglich der Strompreisdeckel ist ein erster kleiner Schritt in die richtige Richtung. Im Bereich der Wärmeversorgung wird die Bevölkerung seitens der Bundesregierung jedoch im Stich gelassen.

Der Burgenländische Weg ist ein anderer. Die Landesregierung nutzt alle Spielräume in ihrem Kompetenzbereich aus, um die BurgenländerInnen nachhaltig und zielgerichtet zu entlasten. Dabei setzt das Burgenland auf ein Maßnahmenpaket für eine echte Entlastung. Dazu zählen:

- Die Mietpreislöscher bei Genossenschaftswohnungen rückwirkend mit 1. Jänner 2023 auf dem Preisniveau von Dezember 2022
- Ein Fixtarif der Burgenland Energie für 12 Monate - Strom um 23 Cent pro Kilowattstunde und Gas um 9,99 Cent pro Kilowattstunde netto
- der Burgenländische Wärmepreisdeckel
- die Erhöhung der Wohnbeihilfe
- die Erhöhung des Schulstartgeldes
- Preisrabattierung der Burgenland Energie von 36% für Bestandskunden (für aktuelle Tarife)
- die Erhöhung des Heizkostenzuschusses für die Heizperiode 2022 von 165 Euro auf 700 Euro erhöht
- der Antiteuerungsbonus 2022 - Einmalzahlung von 400 Euro bis 700 Euro

All diese Maßnahmen müssen natürlich finanziert werden, daher ist es umso verwunderlicher, dass die Bundesregierung zum einen die Erhöhung der zweckgebundenen Abgaben auf Photovoltaik- und Windkraftanlagen für den Klima- und Sozialfonds nicht zugestimmt hat, auf der anderen Seite aber eine Übergewinnsteuer einführt und so die Übergewinne der Energieunternehmen ohne Zweckwidmung ins Bundesbudget fließen lässt.

Darüber hinaus belastet der Bund mit weiteren Massensteuern, wie beispielsweise der CO₂-Steuer, Haushalte noch zusätzlich und in viele Fällen sogar doppelt. Da nicht nur der Treibstoff für Fahrzeuge besteuert wird sondern auch Gas und Öl. Bemerkenswert in diesem Zusammenhang ist, dass seitens der Regierungsparteien andererseits bis jetzt noch keine Klimaziele beschlossen wurden.

Im Land Burgenland wurde bereits mit 1.1.2020, also vor den oben beschriebenen Krisen, ein Mindestlohn von damals 1.700,- Euro (heute 2.000,- Euro) netto pro Monat eingeführt. Dieser Mindestlohn wurde in allen Bereichen eingeführt in denen das Land die Kompetenz dazu hat. Der Bund könnte durch eine Steuerreform die Abgabenbelastung auf Löhne reduzieren und somit auch für fairere Löhne in der Privatwirtschaft sorgen. Der Bevölkerung muss mehr Netto vom Brutto bleiben.

Um hierüber im Landtag auf breiter Basis zu diskutieren, stellen wir den Antrag auf Durchführung einer aktuellen Stunde zum Thema:

„Wirksame Maßnahmen gegen die Teuerung“

in der Landtagssitzung am 23. Februar 2023.

KO Robert Hergovich

Rita Stenger, BEd